

NEUE WERTUNG DER DROGENPOLITIK



Veröffentlicht am 12. April 2008

Tags: [Beschlüsse](#), [Drogen](#), [Gesundheit](#), [Soziales](#)

Beschluss des Landesparteitages

Die Liberalen halten die derzeitige Drogenpolitik für gescheitert. Der Drogentoten und -abhängigen Menschen ist ebenso wenig geholfen wie der Beschaffungskriminalität auf einem zu hohen Niveau. Von den Drogen abhängigen Menschen werden kriminalisiert. Der Missbrauch legaler Drogen wird verharmlost. Nicht das gesundheitliche Abhängigkeitspotenzial sind derzeit die Hauptprobleme der Akzeptanz der Drogen, sondern lediglich ihr Rechtsstatus.

Kriminalistische Aufrüstung hat das Problem nicht bewältigen,

- die Drogensüchtigen von Abhängigkeit und Beschaffungskriminalität befreien
- die Zahl der Drogentoten verringern
- möglichst menschenwürdiges Leben zu ermöglichen
- verantwortungsvollen Umgang mit legalen oder zu legalisierenden Drogen unter individueller Freiheitsrechte
- den illegalen Drogenhandels zu intensivieren
- die Immunschwächekrankheit AIDS und anderer

Begleitung von aufgeklärten Drogenkonsums.

Die FDP fordert, dass in Zusammenarbeit mit Fachleuten, die in der Schule beginnen, aufgezeigt werden muss, dass Drogen keine Probleme lösen. Das Bewusstsein für die Gefährlichkeit von Drogen muss verstärkt werden.

- der gezielte Ausbau von Beratungsstellen und deren stärkere und bessere personelle Ausstattung
- die ständige Fortbildung von Beratern in der Drogenhilfe sowie die Einbeziehung von ehrenamtlichen Helfern, die Beratung muss gewährleistet sein
- die Vorbeugung in den Schulen muss besser umgesetzt werden
- Eltern sind in die Aufklärung über Drogenkonsum einbezogen
- es müssen endlich die Unterschiede zwischen Cannabisprodukten und "harten" Drogen aufgezeigt werden
- Liberalen lehnen eine Gleichsetzung von "weichen" und "harten" Drogen ab.
- Zulassung von professionellen Drogenberatern, die auch in Schulen tätig sind.

Drogensüchtige sind nicht als Kriminelle sondern als Kranke zu betrachten. Daher ist der Gebrauch und der Besitz in den für den persönlichen Konsum in kleinen Mengen generell straffrei. Wie bei anderen Drogen ist der Besitz beim Führen eines Kraftfahrzeuges oder Fahrrades jedoch strafbar.

Der Grundsatz "Therapie statt Strafe" hat Vorrang. Aufgrund des Defizits an Therapieplätzen erhalten ein großer Teil der Drogenabhängigen die Chance auf ein besseres Leben.

Die Hilfen für Drogenabhängige müssen nach Beendigung der Therapie nicht aufhören. Für viele Drogenabhängige ist die Wiedereingliederung ebenso schwer wie die Abhängigkeit selbst:

- die Therapie muss umgehend aufgestockt werden, damit die Abhängigen die Möglichkeit hat, sofort einen Therapieplatz zu bekommen

und Gruppen, die therapiewilligen Abhängigen Hilfen bis

zumutbar und wenn möglich, sind zu unterstützen. Auch geeignete Einzelpersonen und Gruppen, die selber Therapien durchführen, sind Unterstützungen zu gewähren.

- es müssen die besonderen Bedürfnisse Drogensüchtige bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft (z.B. Suche nach Wohnung und Arbeitsplatz).
- Einrichtung von Clearingstellen, um praktische Hindernisse abbauen (z.B. Finanzierungsfragen, bürokratische Verwaltung) und die Wartezeit auf einen Therapieplatz zu verkürzen. Clearing-Stellen sollen den Süchtigen nicht von Eigeninitiative abhalten, sondern ihm vielmehr in Problemlagen zur Seite stehen.

Um Drogensüchtige aus dem Teufelskreis von Drogenkonsum, Beschaffungskriminalität zu lösen, halten die Freien Demokraten eine kontrollierte Abgabe von Drogen bzw. Ersatzdrogen zur Überbrückungs- oder Entzugszwecken durch Ärzte für eine sinnvolle Maßnahme. Würde durch diese Maßnahme der Gewinn im illegalen Drogenhandel

Wir fordern weiter:

- Durchführung eines Ausstiegsprogramms für Drogenabhängige.
- Intensivierung der Transportkontrollen.
- in Justizvollzugsanstalten ist der illegalen Drogenhandel besonders scharf zu überwachen, weil er sich vielfach als Folge des Abhängigkeitsverhältnisses von Drogen entwickelt.
- Verbesserung von Gewinnkontrollen im Kampf gegen den illegalen Drogenhandel. Dazu gehört auch der Zugriff auf das Vermögen der Dealer.
- die bessere technische Ausstattung der Polizei zur Ermöglichung einer effektiven Bekämpfung von Drogenkriminalität.